

Unter Druck. Wenn Teilhabe dem Sparen geopfert wird

Stellungnahme zu den geplanten Reformen in der Eingliederungshilfe (SGB IX)

Viele von uns wissen aus eigener Erfahrung, wie schwer der Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben sein kann. Recovery entsteht nicht durch Formulare, Kontrollen oder Sparvorgaben. Sie wächst dort, wo Menschen Vertrauen erleben, ernst genommen werden und verlässliche Unterstützung finden.

Gerade deshalb beobachten wir die aktuellen Überlegungen zur Eingliederungshilfe mit großer Sorge.

Wenn Einkommensgrenzen abgesenkt werden, bedeutet das für viele: Teilhabe gibt es nur um den Preis von Armut. Wer sich ein kleines Stück finanzielle Sicherheit aufgebaut hat, darf nicht dafür bestraft werden.

Wenn Assistenz hinter Pflege zurücktritt, verlieren Menschen die Unterstützung, die ihnen ein eigenständiges Leben ermöglicht. Wir brauchen keine Verwahrung. Wir brauchen Begleitung auf Augenhöhe, die unsere Fähigkeiten stärkt und uns dabei unterstützt, unseren eigenen Weg zu gehen.

Ebenso besorgniserregend sind Einsparungen beim Personal. Beziehungen brauchen Zeit und Kontinuität. Wenn Fachkräfte und Peer-Begleiter ständig wechseln oder ihre Arbeit unter immer größerem Druck leisten müssen, geht genau das verloren, was für viele von uns den entscheidenden Unterschied macht: Vertrauen.

Psychische Krisen lassen sich nicht im Akkord bewältigen. Menschlichkeit lässt sich nicht rationalisieren. Recovery braucht Begegnung, Verlässlichkeit und Menschen, die zuhören, mitgehen und Hoffnung vermitteln.

Wer heute an der Eingliederungshilfe spart, spart nicht an Luxus. Es wird an den Chancen von Menschen gespart, wieder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Folgen zahlen am Ende nicht nur die Betroffenen, sondern die gesamte Gesellschaft.

Deshalb braucht es eine klare Haltung: Teilhabe, Selbstbestimmung und soziale Inklusion dürfen nicht von Haushaltslagen abhängig gemacht werden. Die Rechte von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sind keine freiwillige Leistung. Sie sind Ausdruck von Menschenwürde und einer solidarischen Gesellschaft.

Wir wünschen uns eine Sozialpsychiatrie, die Beziehungen stärkt statt Mangel verwaltet. Eine Sozialpsychiatrie, die Menschen zutraut, ihren eigenen Weg zu gehen, und ihnen die notwendige Unterstützung dafür verlässlich zur Seite stellt.

Ingelheim, den 28. Juni 2026

***Selbsthilfe Psychiatrie-Erfahrene RLP e.V.
Der Vorstand***